

Protektionistischer Freihandel

Der Disput um die amerikanische Aussenhandelspolitik löst eine Debatte aus, die nützlich ist – sofern sie sich nicht darauf beschränkt, nur die USA als protektionistisch darzustellen. **MICHAEL VON UND ZU LICHTENSTEIN**

Wieder einmal steht der amerikanische Präsident Donald Trump in scharfer Kritik. Mit seiner Verkündung, Strafzölle auf Importe von Aluminium und Stahl zu erheben und, mit besonderem Blick gen China, Schluss mit etwaigen unlauteren Methoden machen zu wollen, hat er das globale Entsetzen angeheizt und das ihm seit seinem Amtsantritt anhaftende «Wie kann er bloss?» einmal mehr verschärft. Schade, denn ob all dem wird ein wesentlicher Punkt ausblendet: Mit seinen klaren Äusserungen hat es Präsident Trump geschafft, das Thema Freihandel wieder in den internationalen Fokus zu rücken.

Aus wirtschaftsliberaler Sicht ist Freihandel sehr zu begrüssen. Die Marktkräfte können spielen und werden nicht von Zöllen, Kontingenten oder anderen Handelshemmnissen untergraben. Dadurch kann weltweit ein wertvoller Wettbewerb um Produktivität, Effizienz und das beste Preis-Leistungs-Verhältnis entstehen, mit dem der Fortschritt von Wirtschaft und Gesellschaft gefördert und Qualität verbessert wird. Freihandel bildet eine wesentliche Grundlage für gesellschaftliche Entwicklung und Wohlstand und funktioniert dann am besten, wenn er niemanden bevorteilt. Leider sieht die Praxis anders aus, und das beständige Scheitern der Gespräche im Rahmen der WTO in den letzten Jahren hat verdeutlicht, dass dem globalen Freihandel nie der Stellenwert zugestanden worden ist, den er eigentlich hätte haben sollen.

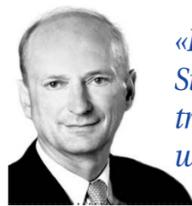
EU ist protektionistischer als die USA

Deshalb greift es jetzt zu kurz, aus Präsident Trumps (Re-)Aktion einen «Handelskrieg» heraufbeschwören zu wollen und ihn als unsäglichen Protektionisten darzustellen. Handelsauseinandersetzungen gibt es, seit es den Handel gibt. Und auch der aktuell ins mediale Scheinwerferlicht gerückte Disput um die Handelsausgestaltung zwischen den USA und China ist nichts Ungewöhnliches. Die dadurch angestossene politische Debatte aber ist enorm wichtig, solange sie eben nicht in die Richtung geht, in der ausschliesslich Amerikas Aussenhandelspolitik als protektionistisch gebrandmarkt und verunglimpft wird.

Es scheint vielen nicht bewusst zu sein, dass die Europäische Union um einiges protektionistischer unterwegs ist als die USA. Die EU erhebt beispielsweise 10% Einfuhrzoll auf amerikanische Importautos, wohingegen die USA auf europäische Importautos lediglich 2,5% Einfuhrzoll erheben. Allein seit dem Jahr 2009 hat die EU erheblich mehr diskriminierende Massnahmen mit Handelseinschränkungen gesetzt als die USA. Deshalb wäre es falsch, Präsident Trump den schwarzen Peter zuzuschreiben.

Die Vorwände, mit denen protektionistische Massnahmen begründet werden, sind unterschiedlich. In der EU wird vornehmlich mit dem «Konsumentenschutz»

argumentiert, in den USA wird der «Schutz von Arbeitsplätzen» in den Vordergrund gerückt. Es gibt verschiedene protektionistische Massnahmen, am offensichtlichsten sind Zölle auf Importe. Aber auch Einschränkungen über Regulierungen und Produktspezifikationen – insbesondere ein «Steckenpferd» der EU – sind nichts anderes als protektionistische Massnahmen. Investitionsbeschränkungen und die staatliche Förderung der inländischen Produktion werden wiederum in Indien und China betrieben. Ein zeitlich beschränkter Protektionismus kann nur dann Sinn ergeben, wenn damit einer noch weniger entwickelten Volkswirtschaft ein gewisser Zeitrahmen verschafft werden soll, damit sie sich auf den globalen Wettbewerb umstellen kann.



«Es fragt sich, welchen Sinn Freihandelsverträge im globalen Handel wirklich haben.»

Ein Thema sind Freihandelsverträge, bilaterale oder multilaterale. Bilaterale Freihandelsverträge haben den grossen Vorteil, dass sich die Konditionen individueller aushandeln und besser auf die Partnerstaaten zuschneiden lassen und im Bedarfsfall leichter verhandelt und angepasst werden können. Damit liessen sich komplex gewordene Beziehungsgeflechte und Abhängigkeiten schrittweise auflösen. Während bilaterale Verträge vorteilhaft für grosse Volkswirtschaften sind, eignen sich multilaterale Verträge eher für kleinere Staaten mit weniger Verhandlungsmacht. Ein typisches Beispiel ist der Europäische Wirtschaftsraum, der eine ideale Lösung für Liechtenstein, Island und Norwegen darstellt.

Ganz grundsätzlich stellt sich aber die Frage, welchen Sinn Freihandelsverträge im globalen Handel wirklich haben. Im Grunde genommen sind sie nichts anderes als ein protektionistisches Instrument, das zu Privilegien für die Partner und zu Nachteilen für die Nicht-Partner führt. Ein effektiv «freier» Handel müsste auch ohne solche Verträge auskommen, indem das Angebot, die Nachfrage, die Spezialisierung und die Effizienz die massgebenden Parameter wären und nicht wettbewerbsverzerrende Handelshemmnisse. Im Sinne von Adam Smith könnten sich die relevanten Akteure eingehender mit dem Gedanken auseinandersetzen, wie man möglichst freie Weltmärkte ohne Verträge schaffen kann, und Einigkeit darüber erzielen, was denn unter einem globalen «freien Handel» überhaupt zu verstehen ist – statt ihn zum Spielball politischer Machtinteressen zu

machen. Die WTO würde den Staaten eine geeignete Gesprächs- und Verhandlungsplattform bieten.

Es mutet natürlich paradox an, wenn an öffentlichen Veranstaltungen mit internationaler Ausstrahlung – wie etwa dem World Economic Forum in Davos – sich Länder wie China, Indien oder Frankreich als die grossen Protagonisten des Freihandels gebaren und versuchen, die USA in die Ecke des grossen Protektionisten zu drängen. Bei genauem Hinsehen und eingehender Analyse zeigt sich nämlich, dass China und Indien wesentlich protektionistischer unterwegs sind als die USA. Und dass Frankreich sogar innerhalb der Europäischen Union protektionistisch interagiert, insbesondere wenn es um die Entsendung von Arbeitskräften nach Frankreich geht.

Wettbewerb als Anreiz

Wenn Handel und Währungen als Instrumente in der hybriden Kriegsführung (oder um andere politische Ziele zu erreichen) eingesetzt werden, wird es gefährlich. Es handelt sich dabei zwar nicht um Protektionismus per se, aber führt ebenfalls zu Wettbewerbsverzerrungen mit ungewollten Effekten. Auch ist eine ökonomische Kosten-Nutzen-Evaluation solcher Massnahmen nicht wirklich möglich. Die USA setzen sehr stark auf ihren Dollar, um Sanktionen durchzusetzen. Auch andere Länder verwenden wirtschaftliche Mittel, um politischen Druck auszuüben. In einigen Fällen mag dies durchaus gerechtfertigt sein, in den meisten Fällen aber wird ein gefährliches Spiel getrieben.

Protektionismus ist ein handelspolitisches beziehungsweise innenpolitisches Instrument, das häufig mit populären Argumenten wie «zum Schutz von Arbeitsplätzen» angereichert wird. Kurzfristig mag dies durchaus erreicht werden, langfristig aber untergräbt Protektionismus Innovation und eine effektive Produktivitätssteigerung, weil der Anreiz des Wettbewerbs fehlt.

Erschwerend kommt hinzu, dass genau wie beim technologischen Fortschritt auch beim globalen Wettbewerb Ängste und Unsicherheiten geschürt werden. Der technologische Fortschritt bringt unbekannte Neuerungen mit sich, die das Gewohnte und Bewährte verändern. Ähnlich ist es beim globalen Wettbewerb. Es sollte deshalb die Rolle von Politik und Medien sein, primär die Notwendigkeit und die langfristigen Vorteile aufzuzeigen, die sich aus Innovation und internationalem Wettbewerb ergeben, statt Ängste und Unsicherheiten zu schüren und sie gar für politische Manöver zu missbrauchen.

Prinz Michael von und zu Liechtenstein ist Chairman von Industrie- und Finanzkontor Etablissement, Gründer und Vorsitzender der Geopolitical Intelligence Services und Präsident des Think Tank European Center of Austrian Economics Foundation.



ALEXANDER TRENTIN
Redaktor
zum Thema
Handelskrieg

Freie Fahrt für China

Es ist auf den ersten Blick ein Triumph für die Handelsdiplomatie der Regierung Donald Trumps. Statt sich gegenseitig mit höheren Zöllen an die Gurgel zu gehen, haben sich die USA und China auf eine Verhandlungsbasis geeinigt, wie das amerikanische Handelsdefizit abgebaut werden soll (vgl. Seite 18). Dabei hat die chinesische Seite aber offenbar nicht dem amerikanischen Ziel einer Reduzierung des Defizits um 200 Mrd. \$ zugestimmt.

Das ist gut so – denn das Ziel der US-Regierung hätte man mit Handelspolitik nicht erreichen können. Stattdessen wird die Volksrepublik nun ihren Markt für ausländische Unternehmen und Produkte etwas öffnen. Und das Land wird mehr amerikanische Güter – darunter Sojabohnen und Erdgas – kaufen, die es gerne importiert. Auch verweist die gemeinsame Verlautbarung der zwei Handelspartner auf die «wachsenden Konsumbedürfnisse» der Chinesen – also eine sowieso schon laufende Entwicklung.

Das ist ein günstiger Preis, um für das Staatsprojekt «Made in China 2025» freie Fahrt zu sichern. Die Strategie will die eigene Industrie so entwickeln, dass sie in der Hochtechnologie auf Weltklassenniveau mitspielen kann. Dafür braucht es ausländische Technologie – oft via Übernahmen in den USA und Europa eingekauft – und Zugang zu den Weltmärkten.

Wem in der chinesischen Führung noch nicht bewusst war, wie wichtig die technologische Unabhängigkeit ist, dem hat es Donald Trump gerade erst vorgeführt. Denn ZTE, chinesischer Ausrüster von Mobilfunktechnologie, war abrupt in der Existenz bedroht. Die US-Regierung hatte aus Gründen der nationalen Sicherheit den Kauf von amerikanischen Chips verboten. Sojabohnen statt Hightech-Sanktion – es war eine leichte Wahl.

Aktuell auf www.fuw.ch

Zuversichtliche Finanzchefs

Die Finanzchefs von Schweizer Unternehmen blicken zuversichtlich in die Zukunft und gehen von einem anhaltenden Wirtschaftsaufschwung aus. Die voraussichtlich höheren Erträge wollen sie verstärkt investieren. Trotz rosigem Ausblick bleiben gewisse geopolitische Unsicherheiten ein Thema.

www.fuw.ch/230518-1

Regierungspläne in Italien wecken Skepsis

Die Aussicht auf eine Regierungskoalition zwischen der Protestpartei Cinque Stelle und der rechtspopulistischen Lega hat zu einem Renditeanstieg in italienischen Staatsanleihen geführt. Auch die Risikoaufschläge gegenüber deutschen Bunds sind gestiegen.

www.fuw.ch/230518-2

Rechtsprofessor soll Italien regieren

Der 54-jährige Giuseppe Conte hat keine politische Erfahrung. Dennoch soll er neuer italienischer Regierungschef werden, wenn es nach dem Willen der 5-Sterne-Bewegung und der Lega geht. Dem Professor fehlt noch der Segen von Präsident Sergio Mattarella. Die Finanzmärkte reagieren nervös.

www.fuw.ch/230518-3

Deftiges aus der Römer Küche

Die finanzpolitische Grosszügigkeit von Lega und Cinque Stelle sorgt in der Eurozone für Bauchgrimmen. **MANFRED RÖSCH**

Wird Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella den Weg freimachen für eine Regierungsbildung der eurokritischen Kräfte Lega und Cinque Stelle? Wird der Parteilose, Cinque Stelle nahestehende Jurist und Polit-Novize Giuseppe Conte Ministerpräsident? Wird er im Kabinett eingeehrt von den Parteichefs Matteo Salvini (Lega Nord) und Luigi Di Maio (Cinque Stelle), die selbst Ministerposten übernehmen und den Premier gerade mal die Sitzungen leiten lassen? Bei Redaktionsschluss am Dienstag war das noch nicht bekannt, die Unterredungen im Quirinal-Palast zogen sich in den Abend hin.

Bekannt ist hingegen, elf Wochen nach den Wahlen, dass die von den beiden rechtspopulistischen (wie immer sich das definiert) Bewegungen angebahnte Koalition in Europas Hauptstädten für Nervosität sorgt. Trotz leerer Kassen bzw. traditionell bedenklich hoher Staatsverschuldung (über 130% gemessen an der Wirtschaftsleistung) gehören zu den Wahlversprechen der Lega bzw. der Cinque Stelle u. a. ein Grundeinkommen für alle und eine Steuersenkung (gemäss einer Flat Rate Tax) sowie die Milderung der Rentenreform von 2012, die das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre anheb.

Defizitregel würde verletzt

Diese vollmundig zugesagten Wohltaten kosten, sofern sie denn ganz oder teilweise umgesetzt werden, Unsummen; Schätzungen schwanken von 20 bis 100 Mrd. € jährlich. Das Haushaltsdefizit (das

im vergangenen Jahr 2,3% betragen hatte) würde jedenfalls über die gemäss den Maastrichter Regeln geltenden 3% steigen, unter Umständen sogar erheblich; die Commerzbank schreibt in einer Studie von horrenden 7% Defizit gemessen am BIP – es drohte im Extremfall eine Rückkehr der Staatsschuldenkrise. Italien wäre von ganz anderem Kaliber als seinerzeit Griechenland.

«Die «Opera buffa» von Italiens Parteipolitikern dürfte vor allem Frankreichs Präsidenten nicht amüsieren.»

Hier geht übrigens vergessen, dass Italien angesichts seines hohen Schuldenstands den Haushaltfehlbetrag eigentlich senken muss und gerade nicht erhöhen darf. Der Kurs der EU-konformen haushaltspolitischen Disziplin, den die Vorgängerregierungen einigermassen einhielten, wird unter einer Stelle-Lega-Regierung, wenn sie denn zustande kommt, jedenfalls nicht fortgesetzt.

Ferner war aus Rom zu vernehmen, dass Italien seinen Beitrag an das Budget der Europäischen Union neu aushandeln, also verringern möchte. Das wird gerade im Vorfeld des Brexit kaum Freude auslösen. Immerhin wurde die dreiste Forderung, die Europäische Zentralbank solle von den angekauften italienischen Staats-

papieren 250 Mrd. € abschreiben, unterdessen fallen gelassen. Die EZB und die Banca d'Italia halten addiert gut 340 Mrd. € an italienischen Staatsanleihen. Zudem haben die Koalitionäre angedeutet, Italien könnte, die Währungsunion allenfalls freiwillig verlassen. Insgesamt also üppig Konfliktstoff für den Umgang mit den Euro- und EU-Partnerstaaten.

Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire hat am Wochenende bereits davor gewarnt, dass eine Missachtung der Schulden- und Defizitvorgaben sowie ein Vernachlässigen der Sanierung des Bankensektors die ganze Eurozone gefährden könnte, was Cinque-Stelle-Chef Di Maio via Twitter umgehend zurückwies.

Die Opera Buffa, die Italiens mächtigste Parteipolitiker derzeit geben – im Kontrast zum umsichtigen Präsidenten Mattarella, dem die sich abzeichnende finanzpolitische Frivolität und die Euroskepsis anscheinend missfallen –, dürfte vor allem den französischen Präsidenten Emmanuel Macron nicht amüsieren. Angesichts der manifesten Unzuverlässigkeit in der künftigen Leitung der drittgrössten Volkswirtschaft der Eurozone wird die geringe Bereitschaft Deutschlands (sowie anderer Staaten im nördlichen Europa), auf Macrons Pläne für eine Vertiefung der Währungsunion einzutreten, noch weiter gesunken sein.

Es ist unwahrscheinlich, dass am Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs Ende Juni dazu mehr als nur ein paar Gesten zur Gesichtswahrung beschlossen

werden. Es wird wohl nichts mit einer EU-Einlagensicherung, einem EU-Finanzminister mit eigenem Budget, Eurobonds. Die feurige Rede Macrons am 10. Mai, als er in Aachen den Karlspreis entgegennahm, könnte ein letzter (vergeblicher) Appell an Berlin gewesen sein, die Hemmungen vor einer Transferunion zu überwinden. Das Elysée soll stattdessen nunmehr auf eine Offensive für europäische Investitionsvorhaben setzen.

Neuwahlen am Horizont?

Es muss jedoch nicht zwingend als ein Unglück betrachtet werden, wenn sozusagen mit italienischer Schützenhilfe Macrons Pläne abgeschossen werden. Eine Vertiefung der Währungsunion würde nämlich den Druck der Kapitalmärkte auf die nationalen Regierungen dämpfen, die Staatsfinanzen verantwortungsvoll und vertragsgerecht zu führen; sie müssten weniger damit rechnen, durch die Ausweitung der Risikoaufschläge auf Staatsanleihen (Spreads) zur Raison gezwungen zu werden.

Eine Regierung, deren «Chef», bisher eine unbekannte Grösse, nur den beiden wahren Chefs als Mittelsmann dient, kann nicht stabil und dauerhaft sein (vom Anpacken der nötigen schmerzhaften Strukturreformen ist erst gar nicht die Rede). Was auch immer in diesen Stunden und Tagen in Rom beschlossen wird: Die Wahrscheinlichkeit, dass die Italiener bald, vielleicht noch dieses Jahr neu wählen müssen, ist nicht gering.